

Pokorny, G. R.

Article — Digitized Version

Krise der gewerkschaftlichen Staatspolitik in Schweden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pokorny, G. R. (1951) : Krise der gewerkschaftlichen Staatspolitik in Schweden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 2, pp. 38-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131260>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Krise der gewerkschaftlichen Staatspolitik in Schweden?

Dr. G. R. Pokorny, Göteborg

Kommt eine neue Gesellschaftsschicht zur Macht, bedeutet dies in jedem Staat eine Art Revolution, auch wenn sie verhältnismäßig friedlich verläuft. Eine solche Revolution haben die skandinavischen Staaten hinter sich. Seit 1945 werden Schweden und Norwegen von Arbeiterregierungen geführt, die sich auf kompakte sozialdemokratische Mehrheiten in den Parlamenten stützen können. Auch in Dänemark verwalteten meistens die Sozialdemokraten die Regierungsgeschäfte, obwohl sie sich da immer ihrer Stellung als Minoritätsregierung bewußt bleiben mußten. Dank dieser politischen Konstellation haben die Gewerkschaften nie so große Macht im Staatswesen genossen wie jetzt, sie haben aber auch nie vorher eine so große Verantwortung tragen müssen.

Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie sind natürlich nicht dasselbe. In den skandinavischen Ländern sind sie indessen auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Die Gewerkschaften spielen gleichzeitig eine so wichtige Rolle als Geldgeber der Partei und als Geldgeber für die Arbeiterpresse, daß es nur natürlich erscheint, wenn der Wille der Gewerkschaften Handlungsgesetz der Regierung wird. Starke politische Persönlichkeiten werden sich freilich immer wieder auch gegen kurzfristige Wünsche und Forderungen seitens der Gewerkschaften durchzusetzen vermögen. Während gewisser kritischer Perioden, namentlich während des zweiten Weltkriegs, hörte man auch auf verschiedenen Seiten mißvergnügte Prophezeihungen, daß die Stunde kommen werde, wo man das Tischtuch zwischen Partei und Gewerkschaft zerschneiden müsse. Diese Frage ist übrigens immer wieder aktuell. In Norwegen sowie in Schweden gilt nämlich der Grundsatz, daß alle Arbeiter in Gewerkschaften organisiert sein müssen. Die lokalen Gewerkschaften sind nach Wirtschaftszweigen zusammengeschlossen. Sie treten kollektiv der Dachorganisation der Gewerkschaften bei, die in Schweden „Landsorganisationen“ (abgekürzt LO.), in Norwegen „Arbeidernes faglige Landsorganisasjon i Norge“ heißt. Weil alle Arbeiter der Gewerkschaft angehören, so werden Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten und alle anderen „Herätiker“ gezwungen, mit ihren Mitgliedsbeiträgen die Propaganda der sozialdemokratischen Partei bezahlen zu helfen, ihre Wahlkosten zu decken und ihre Zeitungen zu stützen. Dieser Punkt ist ein ewiger Zankapfel. Die Fehden werden um so erbitterter, je mehr die kommunistische Partei an Boden verliert. In Dänemark hat man dieses umstrittene Organisationsproblem vermieden. Dort sind die einzelnen Arbeiter individuell Mitglieder der Gewerkschaft.

Wie haben nun die Gewerkschaften ihre einzigartige Machtposition ausgenützt? Waren sie in der Lage,

den früher offensichtlichen Gegensatz zwischen Interessenpolitik und den Erfordernissen einer weisen Staatspolitik zu überwinden?

Im Jahre 1945 geschah das, was man erwarten konnte. Die Gewerkschaften, die durch die sozialdemokratischen Mehrheiten das Bestimmungsrecht im Staate erhalten hatten, hielten nun die lang ersehnte „Erntezeit“ für gekommen. Sie gingen sofort daran, ihr Programm zu erfüllen. Ihre Vertreter an den Verhandlungstischen und in den Parlamenten arbeiteten so rasch, daß man schon 1947 deutlich sehen konnte, wie der Bogen überspannt wurde. Die entscheidende Krise brach aus, als auch die skandinavischen Wahlen 1949 devalviert werden mußten. Mit künstlichen Mitteln verbarg man die wirtschaftliche Niederlage und deren Folgen noch ein Jahr. Vor den schwedischen Kommunalwahlen im September 1950 erklärte die Regierung noch, daß „die Krise überwunden sei“, um dann nach den Wahlen doch den bitteren Rückweg von unhaltbaren Positionen anzutreten.

Wenn wir im folgenden vor allem die Entwicklung in Schweden schildern, hat dies wichtige Gründe. Die drei skandinavischen Dachorganisationen halten engen Kontakt miteinander, besprechen alle wirtschaftlichen Probleme gemeinsam und einigen sich oft auf gewisse Richtlinien, bei deren Durchführung sie sich unterstützen, aber auch miteinander wetteifern. Die politisch-wirtschaftliche Entwicklung zeigt daher viele parallele Züge. Vor allem ist es interessant, die Folgen dieser Politik in Schweden zu studieren, da ja dieses Land vom Krieg verschont blieb und 1945 eine harte Valuta hatte.

HANDELSKREDITE

Der Theoretiker der „Partei“, Prof. Myrdal, der Handelsminister in der „Erntezeitregierung“ wurde, prophezeite eine schreckliche Nachkriegskrise mit Massenarbeitslosigkeit. Die Politik der Regierung hatte daher vor allem zum Ziel, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um die Vollbeschäftigung in Schweden auch während der erwarteten wirtschaftlichen Weltkrise zu sichern. Unmittelbar vor Kriegsschluß schon senkte die Riksbank ihren Diskontsatz von 3 auf 2½ %. Nach Kriegsschluß bewilligte die Regierung verschiedenen Ländern Großkredite, vor allem Finnland, Dänemark und Norwegen, aber auch Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden. Auf diese Weise brachte man den Export ins Rollen, obwohl die wichtigsten Abnehmerländer noch nicht mit Warenlieferungen nach Schweden bezahlen konnten. Herr Myrdal schloß mit Polen einen Handelsvertrag „ins Blaue hinein“, den man erst nach einigen Jahren der Wirklichkeit anzupassen vermochte. Obwohl die von Schweden bewilligten Kredite und Gaben ans Ausland damals

schon den achtunggebietenden Betrag von über 3 Mrd. Schwedenkronen ausmachten (während das Land in den besten Jahren der Zwischenkriegszeit nur 200 Mill. Kr. an jährlichem Kapitalexport sich zu leisten vermochte), schloß die Regierung einen Kreditvertrag mit Rußland, der im Laufe von fünf Jahren Kreditlieferungen von zusammen 1 Mrd. Kr. vorsah und von Partei und Gewerkschaften als Akt höchster staatsmännischer Klugheit gefeiert wurde, da er „eine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit während der kommenden Weltkrise darstelle“.

WACHSENDER GELDUMLAUF

Die ursprünglichen Nachkriegsforderungen der Gewerkschaften waren: sofortige Vollbeschäftigung und raschestmögliche Erhöhung des Lebensstandards auf das Niveau von 1939. Diese Forderungen erfüllten sich fast automatisch, da die Ausfuhr zu hohen Preisen sofort in Schwung kam. Die gesamte Industrie hatte außerdem, stark beeinflußt vom Nachkriegsprogramm der Arbeiter, umfassende Modernisierungs- und Erweiterungspläne ausgearbeitet, an deren Verwirklichung man unmittelbar ging, da die reichen Exporterlöse und die ebenso reichen Auszahlungen seitens des Staates für Kreditlieferungen ans Ausland den Geldmarkt mit Mitteln überschwemmten. Trotzdem begann die Regierung auch noch mit staatlicher Arbeitsbeschaffung und stimulierte den Wohnungsbau mit außerordentlich weitgehenden Kreditmaßnahmen.

Die Folge war, daß das Geldeinkommen steil anstieg. Die Vollbeschäftigung schlug infolge der Regierungspolitik, die in einer Hochkonjunktur noch staatliche Arbeitsbeschaffung betrieb, in Überbeschäftigung um. Die Arbeiterlöhne erhöhten sich so rasch, daß das Standardniveau von 1939 nicht nur erreicht, sondern auch kräftig überschritten wurde.

SOZIALPOLITIK

Gleichzeitig machte sich der Staat an die Verwirklichung umfassender Sozialprojekte. Jeder schwedische Mitbürger, der 67 Jahre alt ist, bekommt nun eine staatliche Altersrente von jährlich 1000 Kr. Für jedes Kind wird ein Jahresbeitrag ausbezahlt, der ursprünglich mit 240 Kr. jährlich bemessen war. Die werdenden Mütter werden unterstützt und bekommen unter gewissen Bedingungen eine Mutterschaftshilfe ausbezahlt. Die Schulkinder erhalten gratis Mittagessen in den Schulen. Um den Landarbeitern und Bauern eine Erhöhung des Lebensstandards zu ermöglichen und die Flucht vom Lande zu bremsen, wurden mehrere hundert Millionen Kr. an staatlichen Subventionen ausbezahlt, damit die höheren Lebensmittelpreise nicht auf die Industriearbeiter überwältigt zu werden brauchten.

INFLATIONISTISCHE TENDENZEN

Die Kaufkraft stieg durch diese Politik so enorm, daß die starke Nachfrage nach Waren nicht nur die Einfuhr übermäßig anschwellen ließ, sondern auch die Ausfuhr behinderte, da ein bedeutender Teil der sonst für den Export verfügbaren Waren nun im Inlande verbraucht wurde. Dies hatte eine Zerrüttung der Zahlungsbilanz zur Folge. Die Gold- und Valutareserve sank auf ein unvorstellbares Minimum,

Schweden wurde fast zahlungsunfähig und mußte schleunigst Maßnahmen einführen, die aus der Praxis der valutaschwachen Länder nur allzu bekannt sind: strenge Einfuhrkontrolle, Dirigierung des Exportes, verschärfte Devisenkontrolle, Produktionslenkung usw. Zur weiteren Stützung dieser Überkonjunktur begann die Riksbank zum Überfluß noch, schwedische Staatspapiere aufzukaufen, und zwar in ungefähr dem gleichen Ausmaß wie sie Valuten und Gold abgeben mußte, um den enormen Einfuhrüberschuß zu decken. Schweden schwamm im Geld, während die Versorgung mit Waren sich verschlechterte. Die Inflation nahm daher immer bedrohlichere Formen an. Die Regierung erfüllte noch eine weitere Forderung der Gewerkschaften, die sich in der derzeitigen Situation des Geldmarktes gefährlich auswirken mußte. Die Lasten für die überstürzte Sozialpolitik brachten für die Arbeiter wachsende Steuerlasten mit sich, und mit dem rasch ansteigenden Lohneinkommen wirkte sich auch die Progressivität des schwedischen Steuersystems aus. Regierung und Reichstag führten daher eine Reform durch, die auf eine starke Nivellierung der Einkommensverhältnisse abzielte. Die Steuersätze auf Einkommen von 17 000 Kr. per Ehepaar aufwärts wurden stark erhöht. Die Erbschaftssteuer wurde in eine Hinterlassenschaftssteuer und eine eigentliche Erbschaftssteuer aufgespalten, wodurch die größeren Vermögen gesprengt werden und eine Sozialisierung auf kaltem Wege ermöglicht wird. Die auf diese Art erhaltenen Mehreinkünfte verwendete der Staat zur Senkung der Steuerlasten der kleinen Leute. Die Praxis hat indessen gezeigt, daß diese Erleichterung nicht zu merken ist, während die Sparkraft des Mittelstandes und der höheren Einkommensträger zerstört wurde.

Die Gewerkschaften mußten schließlich wohl oder übel einsehen, daß die Inflation ihre ganze Wohlfahrtspolitik in Frage stellte. Sie sahen sich gezwungen, in einen mehrjährigen Lohnstopp einzuwilligen. Für dieses Zugeständnis wurden jedoch ein strenger Preisstopp und ein Devisenstopp zur Voraussetzung gemacht. Während der Preisstopp und der Dividendenstopp effektiv durchgeführt wurden, wurde der Lohnstopp durch vielfache Lohnerhöhungen durchbrochen. Die „schlechtest bezahlten“ Kategorien bekamen weitere Verbesserungen, was bewirkte, daß die Löhne der weiblichen Arbeiter viel rascher stiegen als die der männlichen. Vor allem bekamen die jugendlichen Arbeiter fast dieselben Löhne wie die gelernten älteren Arbeiter, die Familie haben. Die Folge war eine Konsumsteigerung, die den Rahmen der natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen des Landes sprengte. Die Überbeschäftigung lockte auch zu einer Wanderungsplage, da die Arbeiter von Betrieb zu Betrieb wechselten, um auf diese Weise ihre individuellen Löhne in die Höhe zu treiben. Man kann sich ein ungefähres Bild von der Lohnentwicklung machen, wenn man folgende Ziffern der offiziellen schwedischen Lohnstatistik vergleicht. Die Ziffern sind Indices, für die 1913 als Basisjahr genommen ist.

Diese Entwicklung setzte sich 1949 und 1950 fort. Die Einkommen der Festangestellten konnten mit dieser

Indices der Einkommensentwicklung und der Lebenshaltung

Jahr	Geldlohn	Lebenskosten	Reallohn
1919	284	201	109
1929	281	169	166
1932	284	156	182
1938	307	166	185
1942	403	236	171
1944	430	241	178
1945	449	241	186
1946	488	243	201
1947	559	257	218
1948	610	261	234

Entwicklung nicht Schritt halten. Die strenge Preiskontrolle unter Gewerkschaftsaufsicht verringerte die Handelsmargen. Der Mietzins ist auf dem Niveau von 1939 fixiert. Die Steuerlast der Unternehmungen ist enorm gestiegen.

Mit Ausnahme der Bauern wurde die Sparkraft aller Klassen auf ein Minimum reduziert. Jetzt offenbaren sich die Fehler der „Erntezeit“. Kein Volk kann über seine Einkünfte leben. Mit verzweifelter Anstrengung konzentrierten die Gewerkschaften während der letzten zwei Jahre ihren Einfluß auf die Anschaffung moderner arbeitssparender Maschinen und Methoden, denn „nur durch eine Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität kann der Lebensstandard weiter erhöht werden“.

Die schwere außenpolitische Krise erzwingt nun eine nüchterne Überprüfung der von den Gewerkschaften betriebenen Politik. Man hat eingesehen, daß man

nicht gleichzeitig mehr konsumieren, mehr investieren und mehr aufrüsten kann. Der Finanzminister der Erntezeit, ein Idealist und Verfechter planwirtschaftlicher Patentlösungen, hat einem Realpolitiker Platz gemacht, dem jetzt die schwere Aufgabe zufällt, die begangenen Fehler gutzumachen. Die Riksbank kauft nicht mehr Staatspapiere und bremst den Notendruck. Das Kreditvolumen wird beschnitten. Die Zinssätze steigen. Der Dividendenstop wurde aufgehoben, um die Steuergrundlagen des Staates zu verbessern. Die Investitionen werden gehemmt. Indirekte Steuern (Branntwein, Tabak, Schokoladewaren, Konfitüren usw.) wurden erhöht. Gleichzeitig ist der Lohnstop gefallen. Exportabgaben absorbieren indessen einen großen Teil der abnorm hohen Exportgewinne. „Wir müssen jetzt die Inflation, die entstanden ist, voll hinnehmen. Dann muß es Schluß sein mit weiterer Inflation“, sagte Finanzminister Sköld. Nach den eben bekannt gewordenen Plänen des Finanzministers soll unter anderem eine sogenannte Investitionssteuer eingeführt werden, durch die entstehende stille Reserven mit praktisch 20 % weggesteuert werden. Sollte die internationale Inflation nicht gebremst werden können, dürfte eventuell eine Aufwertung der schwedischen Krone in Frage kommen. Ob die Parole „nicht mehr Geld, sondern besseres Geld“ in Zukunft die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften beeinflussen wird, ist nicht so sicher. Es ist bequemer, den Leuten mehr Banknoten in den Lohnbeutel zu stecken, als eine sparsame Wirtschaftspolitik zu treiben.

Aufbau der Schwer- und Buntmetallindustrie in Sowjet-Asien

Dr. Nikolaus Eck, Hamburg

Bei dem Rüstungscharakter der Sowjetwirtschaft und dem dichten Schleier der Geheimhaltung ist es überaus schwer, sich ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung zu machen. Da nur prozentuale Angaben über den Stand der Produktion veröffentlicht werden, kann man sich allenfalls auf Grund der absoluten Sollziffern des jeweiligen Fünfjahresplans die Produktionsergebnisse der einzelnen Industriezweige errechnen. Die Angaben über den Bau oder die Inbetriebnahme von neuen Fabriken sind sehr lückenhaft, so daß sich nur aus einer Unmenge von Teilberichten und Einzelnachrichten eine annähernde Vorstellung vom Fortschritt der Industrieerzeugung gewinnen läßt. Dies gilt in besonderem Maße für Sowjet-Asien, dessen Industrialisierung seit mehr als 20 Jahren in allergrößtem Maßstabe vorangetrieben wird. Unter Sowjet-Asien wird hier das Gebiet des Ural sowohl westlich wie östlich seiner Höhenzüge und der gesamte Raum östlich der Linie Ural-Kaspisches Meer verstanden. Wenn aber von Ostverlagerung der Sowjetindustrie gesprochen wird, so ist dabei auch das Gebiet zwischen Ural und Wolga inbegriffen, das wirtschaftlich gesehen nur schwer von Westsibirien getrennt werden kann, und Transkaukasien, wenn auch dessen Bedeu-

tung angesichts der fortschreitenden Verlagerung des industriellen Schwergewichts der Sowjetunion nach den Wolga-Ural-Gebieten, Sibirien und Zentralasien zurücktritt.

Durch den zweiten Weltkrieg wurden die wirtschaftliche Erschließung und die Industrialisierung Sibiriens und Zentralasiens in gewaltigem Ausmaß gefördert und beschleunigt. Waren doch von den deutschen Armeen sowjetische Gebiete mit etwa 40 % der gesamten Bevölkerung besetzt, in denen 63 % der gesamten Kohlenförderung, 68 % der Eisengewinnung, 58 % der Stahlproduktion, 60 % der Aluminiumerzeugung, 38 % der Getreide- und 84 % der Zuckerrüben-ernten gewonnen wurden. Diese ungeheuren Ausfälle an industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen mußten unter Anspannung aller Kräfte soweit als möglich ausgeglichen werden. Da die vorangegangenen Fünfjahrespläne schon wesentliche Fundamente für die Industrialisierung des Urals, Sibiriens und Zentralasiens gelegt hatten, gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, zahlreiche evakuierte Werke wieder im Osten anzusiedeln. Insgesamt wurden 1360 industrielle Großbetriebe aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Osten evakuiert, davon